

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 32/33
Telefax: 8 66 846 pöbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dieter Heistermann MdB zu der geplanten Herausgabe einer „Tiefflugbroschüre“ statt des „Weißbuches“ durch das Verteidigungsministerium: Propaganda soll miserable Politik zukleistern.

Seite 1

Horst Isola zu einem Rechtszustand, der zu Lasten vor dem Gesetz unschuldiger Bürger geht: Untersuchungshaft-Gesetz unverzüglich ändern.

Seite 3

Lothar Fischer MdB zu den Finanzierungsproblemen bei Ariane, Hermes und Columbus: Großprojekte im All blockieren sinnvolle Forschung.

Seite 4

Michael Müller MdB zu Ursachen und Konsequenzen der Umweltzerstörung: Die Klimakatastrophe. (Teil IV. und Schluß)

Seite 5

44. Jahrgang / 147

3. August 1989

Propaganda soll miserable Politik zukleistern

Zu der geplanten Herausgabe einer „Tiefflugbroschüre“ statt des „Weißbuches“ durch das Verteidigungsministerium

Von Dieter Heistermann MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Verteidigungsausschuß

Mit Hochglanzbroschüren gegen die Tiefflugängste betroffener Bürger - so glaubt der Verteidigungsminister ein inzwischen nationales Problem lösen zu können. Im Rahmen einer „Aufklärungskampagne zur Versachlichung der Tiefflugdiskussion“ soll eine „Tiefflugbroschüre“ die große Wende einleiten. Das wird eine klassische Bauchlandung!

In der Begründung für die Herausgabe dieser Broschüre heißt es aus dem Verteidigungsministerium: „Die Flugunglücke von Ramstein und Remscheid haben in der Öffentlichkeit eine Welle des Widerstandes gegen den militärischen Flugbetrieb, insbesondere den Tiefflug, in ungeahnter Dimension ausgelöst. Die zunehmend kontrovers und überwiegend emotional geführte Diskussion verursacht einen spürbaren Zustimmungsverlust in der Bevölkerung und Zweifel an Sinn und Notwendigkeit von Verteidigungsleistungen.“ Was für eine Verkennung der tatsäch-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
www.sdp.de/Presse
Kopierfreigabe



lichen öffentlichen Meinung! Nicht erst seit den tragischen Unglücken von Ramstein und Remscheid haben die Bürger Widerstand gegen den Tiefflug geleistet. Den gab es in den betroffenen Tieffluggebieten schon immer. Doch diese Proteste wurden schlichtweg mit verharmlosenden Äußerungen zu den Akten gelegt.

Die auf große Zustimmung gestoßene Unterschriftenaktion der SPD gegen den militärischen Tiefflug über dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland mit über 153.000 Unterschriften hat der Regierung nun wohl doch deutlich gemacht, daß man dieses Problem nicht aussitzen kann. Aber die Herausgabe einer Tiefflugbroschüre wird ihr nicht helfen, denn nicht die Konzeption Tiefflug wird geändert und den Erfordernissen angepaßt, sondern die Öffentlichkeitsarbeit soll mal wieder versuchen, eine miserable Politik zuzukleistern.

Woher die Haushaltsmittel zum Druck dieser Tiefflugbroschüre nehmen, wenn im Haushalt 1989 dafür keine Mittel eingeplant waren? Kurzerhand nimmt man die im Haushalt eingestellten Mittel für das „Weißbuch“ in Höhe von 800.000 DM, zusätzlich bedarf es einer überplanmäßigen Ausgabe von 250.000 DM. Daß diese Broschüre von den Mitteln für das „Weißbuch“ finanziert werden soll, setzt dem Ganzen die Krone auf. Damit wird der Bürger nicht nur mit einer völlig überflüssigen Broschüre mit beabsichtigten vier Millionen Exemplaren und einem Kostenaufwand von über eine Million DM überschwemmt, sondern die Mittel werden auch an einer Stelle eingespart, wo die Bundesregierung gezwungen gewesen wäre darzustellen, welche Sicherheitspolitik, welche Verteidigungsstrukturen, welche Abrüstungsziele, welche sozialen Maßnahmen für die Soldaten und ihre Familien sie umzusetzen gedenkt.

Wie man sieht, Propaganda ist ihr wichtiger. Die Soldaten in der Bundeswehr werden registrieren, daß die Herausgabe des „Weißbuches“ (das letzte erschien 1985) wiederum in das nächste Jahr verschoben wurde.

(-/3.8.1989/va-he/rs)

* * *

Untersuchungshaft-Gesetz unverzüglich ändern

Zu einem Rechtszustand, der zu Lasten vor dem Gesetz unschuldiger Bürger geht

Von Horst Isola

Mitglied der Bremer Bürgerschaft

Bundsvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)

Der Vollzug der Untersuchungshaft ist bislang gesetzlich unzureichend geregelt. Das am 1. Januar 1977 in Kraft getretene Strafvollzugsgesetz gilt lediglich für den Strafvollzug. Die gegenwärtige Regelung des Vollzuges der Untersuchungshaft, wie sie durch die Untersuchungshaftvollzugsordnung - eine bundeseinheitliche Verwaltungsvorschrift der Länder - erfolgt, entspricht nicht verfassungsrechtlichen Erfordernissen. Die Strafprozeßordnung enthält eine einzige Bestimmung (§ 119), die jedoch nur wenige Grundsätze regelt und insofern keine taugliche Grundlage für grundrechtseinschränkende Eingriffe (zum Beispiel in die körperliche Unversehrtheit und Freiheit der Person und das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis) darstellt. In die Rechte von Untersuchungsgefangenen darf jedoch - so das Bundesverfassungsgericht schon 1972! - nur aufgrund eines förmlichen Gesetzes eingegriffen werden.

Seinerzeit hatte das Bundesverfassungsgericht eine Übergangsfrist für den Erlaß einer gesetzlichen Regelung eingeräumt. Obwohl seitdem 17 Jahre vergangen sind, obwohl die Justizminister des Bundes und der Länder schon 1978 (!) den Erlaß eines solchen Gesetzes als „besonders dringlich“ bezeichnet hatten und obwohl Bundesjustizminister Engelhard (FDP) bereits in der vergangenen Legislaturperiode ein Gesetz über die Untersuchungshaft in den „Vordergrund“ seiner „rechtspolitischen Bemühungen im Verlauf dieser“ (10.) „Legislaturperiode stellen“ wollte, ist bis heute nichts geschehen!

Dies ist umso mehr ein Skandal, als dem Bundesjustizministerium seit Jahren ausformulierte Entwürfe für eine gesetzliche Regelung der Untersuchungshaft vorliegen und zwar

1. von dem ehemaligen Berliner Justizsenator Professor Jürgen Baumann (1981),
2. von der Bundesvereinigung der Anstaltsleiter im Strafvollzug (1982) und
3. der ASJ aus dem Jahre 1985.

Die Unfähigkeit des FDP-Justizministers geht zu Lasten von tausenden noch nicht verurteilten, das heißt vor dem Gesetz unschuldigen, Bürgern. Sollte in dieser Legislaturperiode eine gesetzliche Regelung nicht mehr kommen, muß damit gerechnet werden, daß Gerichte den Vollzug von Untersuchungshaft mangels ausreichender Rechtsgrundlage nicht länger dulden und Untersuchungsgefangene entlassen.

(-/3.8.1989/vo-he/rs)

* * *

Großprojekte im All blockieren sinnvolle Forschung

Zu den Finanzierungsproblemen bei Ariane, Hermes und Columbus

Von Lothar Fischer MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie

Die jetzt bekanntgewordenen und vom Forschungsministerium bestätigten großen Probleme zur Finanzierung der drei Raumfahrt-Großprojekte „Ariane“, „Hermes“ und „Columbus“ sind von vielen Fachleuten erwartet worden.

Die von SPD-Seite und von breiten Kreisen der Forschung und Wirtschaft immer wieder geäußerte Kritik an den geplanten Raumfahrtprojekten ist beim Bundesforschungsministerium nicht beachtet worden. Statt ein tragfähiges Konzept zum deutschen Raumfahrtengagement vorzulegen, statt einer sorgfältigen Analyse der mittelfristig und langfristig zu erwartenden Raumfahrtausgaben und einer nüchternen Abwägung des forschungs- und wirtschaftspolitischen Nutzens, gefiel sich der rhetorisch begabte Bundesforschungsminister mit wenig wissenschaftlichen Äußerungen zur Raumfahrt. Sein Verständnis von der Raumfahrt als „einem Qualitätssprung ins Unerwartete“ konnten dann auch äußerst wenige Wissenschaftler und Industrielle nachvollziehen.

Die anfängliche Skepsis ist nun deutlich in Ernüchterung und Ablehnung umgeschlagen. In den Fachkreisen spricht man jetzt von Katerstimmung und einem Fiasko der bundesdeutschen Raumfahrt. Hat noch der damalige CSU-Fraktionsvorsitzende Waigel in einem Brief an Bundeskanzler Kohl mehr Geld für die bundesdeutsche Raumfahrt angefordert, so kümmern ihn jetzt als Finanzminister seine Sprüche von gestern: nicht mehr. Herr Waigel sieht jetzt keine Möglichkeiten mehr, daß der Forschungsminister für seine Raumfahrtprogramme zusätzliches Geld aus anderen Ministerien erhält.

Von den Fachleuten wird besonders der Raumgleiter „Hermes“ kritisiert, der immer kleiner und teurer wird und schon jetzt auf einer veralteten Konzeption beruht, sowie die milliardenteure Raumstation „Columbus“, die den Amerikanern auch militärische Forschung im All ermöglicht. Ein Teil dieser Forschungsausgaben müßte nach Ansicht vieler Experten verstärkt in die Hyper-schalltechnologie des voll wiederverwendbaren Weltraumtransporters „Sänger“ investiert werden.

Skandalös bei dem Raumfahrt-Mißmanagement der Bundesregierung ist vor allen Dingen, daß diese Entwicklung abzusehen war. Es gab genügend Warnungen vor diesen kostspieligen Prestige-Raumfahrtabenteuern.

Diese Großprojekte belasten in unverantwortungsloser Weise den gesamten Forschungshaushalt und blockieren auch sinnvollere Projekte im Raumfahrtbereich wie zum Beispiel Schwerelosigkeitsexperimente mit Höhenforschungsraketen, Fallkapseln, Fallschächten und -türmen.

(-/3.8.1989/vo-he/rs)

* * *

Die Klimakatastrophe (Teil IV und Schluß)

Zu Ursachen und Konsequenzen der Umweltzerstörung

Von Michael Müller MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion in der Enquetekommission des Deutschen Bundestages
„Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“

Abschließend will ich drei Bereiche nennen, wo meines Erachtens besondere Anstrengungen notwendig sind:

1. Die Enquete-Kommission hat zu Recht dem Energiesparen und der Erhöhung der Energieproduktivität erste Priorität eingeräumt. Die Gefahr einer Klimakatastrophe bestätigt nachdrücklich die These von A. Lovins, daß eine Effizienzrevolution auf dem Energiesektor notwendig ist. Der Realisierungsgrad von Einsparpotentialen hängt insbesondere von der Entwicklung der nachfrageseitigen Ressourcen ab, also von der notwendigen Energie zur Herstellung von Energiedienstleistungen. Deshalb sind Maßnahmen erforderlich, die zur Umsetzung der technisch-wirtschaftlichen Potentiale des Energiesparens eingeleitet werden können. Dies ist nach Krause von vier Faktoren abhängig:

- Technologieniveau,
- Zeithorizont, das heißt technische Lebensdauer und Planungszeiträume,
- Wirtschaftlichkeitskriterien, insbesondere die Bewertung von Investitionen nach volkswirtschaftlichen Zielsetzungen,
- Abbau bestehender Preisverzerrungen und Markteingangsbarrieren.

Unter Klimagesichtspunkten, das heißt für einen Zeitraum von bis zu 40 Jahren, können erhebliche Potentiale in der Bundesrepublik zur Einsparung von Energie mobilisiert werden. In einer Studie für die EG-Kommission hat das amerikanische LBL-Institut errechnet, daß in den wichtigsten und größten Endverbrauchsbereichen die technisch-theoretischen Möglichkeiten bestehen, die Energieintensität der Dienstleistungen um 80 bis 95 Prozent zu senken. Dies gilt insbesondere für eine Erhöhung des energetischen Nutzungsgrads, eine höhere Effizienz im Gerätebereich, Einsparpotentiale im Gebäudebestand und beim Neubau, sowie eine beträchtliche Verringerung des Energieverbrauchs beim Autoverkehr. Das IFEU-Heidelberg hat errechnet, daß sich in der Bundesrepublik der Benzinverbrauch bis zum Jahre 2000 um bis zu 50 Prozent verringern läßt.

In den USA wurden in einigen Bundesstaaten erhebliche Einsparfortschritte erreicht, die vor allem durch ehrgeizige Effizienzstandards und Anreizprogramme möglich wurden. Ich nenne als Stichworte „Entdeckungsplanung“ und „Minimalkostenprinzip“.

2. Bereits heute müssen wir uns um eine internationale Kraftanstrengung bemühen, wie sie in der Weltgeschichte noch ohne Beispiel ist. Die weltweiten Rüstungsausgaben betragen 1988 nahezu eine Billion Dollar. Sie werden ausgegeben für eine politische Aufgabe, nämlich für die äußere Sicherheit von Staaten. Wenn aber die Gefahr einer Klimakatastrophe auch zu einer Überlebensfrage des Erdballs geworden ist und damit zu einer hochrangigen politischen Aufgabe, so können wir nicht länger an überkommenen Prioritäten zugunsten der Militärausgaben festhalten. In den letzten zwei Jahrzehnten sind für die Solarforschung insgesamt fünf Milliarden Dollar weltweit ausgegeben worden. Allein die amerikanische Regierung hat in demselben Zeitraum nur für die Entwicklung eines Nachtbeobachtungssystems der militärischen Satelliten-Aufklärung 30 Milliarden Dollar aufgebracht. Derartige Beispiele lassen sich erweitern. Die Solarenergie als wirkliche Alternative wird aber häufig von denselben Politikern, Forschern und Unternehmen für unrealistisch erklärt, die meinen, im Laufe von zehn Jahren im Weltraum ein fliegendes Kernkraftwerk mit Strahlenspiegel installieren zu können, genannt das SDI-Programm.

Nach Siegfried Lenz ist die ökologische Selbstzerstörung der Menschheit keine unvorstellbare Vision mehr. Bei der Bewertung dieser Frage kommt der Zukunft des Energieverbrauchs eine Schlüsselrolle zu. Die Einleitung eines solaren Energiezeitalters ist fraglich nicht völlig problemlos. Dies ist aber auf jeden Fall eine attraktive Perspektive, die es zu gehen lohnt. Sie erfordert im globalen Rahmen einen Investitionsaufwand in einer gewaltigen Größenordnung. Und diese Gelder müssen in den nächsten zwei Jahrzehnten mobilisiert werden. Derartige Finanzmittel sind nicht verfügbar, wenn nicht die Rüstungsausgaben drastisch gesenkt werden. Die politische Verantwortung für den Schutz der Erdatmosphäre gebietet es, durch eine weltweite politische Initiative den militärischen Teufelskreis zu durchbrechen und sich für eine ökologische Zukunft der Weltgesellschaft einzusetzen.

3. C.F. von Weizsäcker hat die Forderung nach einer „Weltinnenpolitik“ aufgestellt. Weltinnenpolitik hat drei Ziele: Bewahrung des Friedens, dauerhafte Entwicklung sowie soziale und ökologische Verträglichkeit. Voraussetzung ist ein ökologischer Lastenausgleich zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern sowie eine drastische Reduzierung der Militärausgaben. Der Brundtland-Bericht hat hierfür wichtige Anregungen gegeben. Leider aber sind die Initiativen der Industrieländer noch immer gering, um grundlegende Maßnahmen zur Entschuldung, zu einer umweltverträglichen Entwicklung in der Dritten Welt einzuleiten.

Ein wichtiger erster Schritt könne eine „Internationale Konvention zum Schutz des Klimas und zur Erhaltung der Wälder“ sein. Eine weitere notwendige Maßnahme ist die Verschärfung und Erweiterung des Protokolls von Montreal zum Schutz der Ozonschicht, gekoppelt mit einer Regelung für einen Technologietransfer sowie von Ausgleichszahlungen, die wiederum im Zusammenhang mit einer Neuordnung der Entwicklungspolitik stehen kann.

Ein weiterer wichtiger Punkt für die Verbesserung der weltweiten Zusammenarbeit ist eine ökologische Partnerschaft zwischen West- und Osteuropa. Dies könnte ein tragender Baustein für das Gemeinsame Europäische Haus werden. Die ökologische Zusammenarbeit ist eine Politik, die die Prädominanz des militärischen Denkens in Europa überwindet und damit zur Entspannung zwischen den Gesellschaftssystemen beiträgt.

Nicht zuletzt müssen die internationalen Organisationen, vor allem die Vereinten Nationen, gestärkt werden. In der Enquete-Kommission diskutieren wir den Vorschlag, bei der UN einen Ständigen Umweltrat mit entsprechenden Kompetenzen einzurichten. Man sollte nicht vergessen, daß es sich bei der Gefahr einer Klimakatastrophe nicht allein um Umweltfragen handelt, sondern die Zukunft der Gesellschaften auf dem Spiele steht, national wie international. Wenn die Politik in den nächsten Jahren versagt, kann auch der Ruf nach autoritären Lösungen größer werden. Dies zu verhindern, eröffnet nur eine Möglichkeit: Schnell zu handeln. [-/3.8.1989/vo-he/rs]